

# Gießener Echo

EXTRA

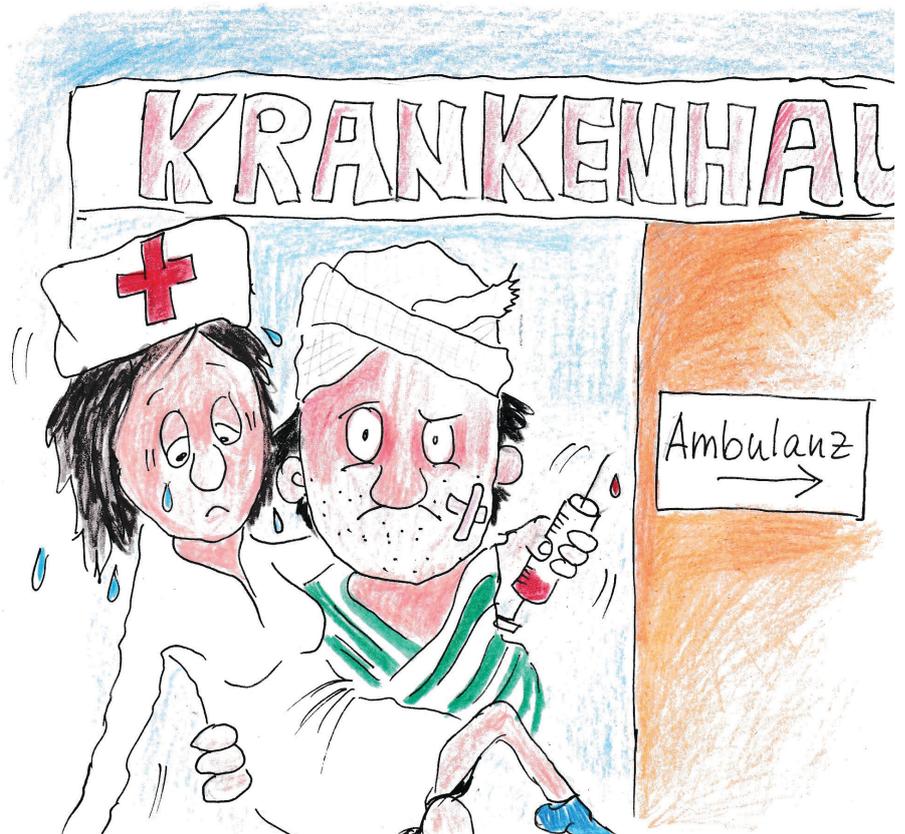
Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

53. Jahrgang

Juni 2022

## Uniklinikum: Rhön AG kriegt den Hals nicht voll

Anfang des Jahres schien klar zu sein: Die Rhön AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), erhält zusätzlich zu allen bisherigen Zahlungen des Landes 45 Mio. Euro jährlich für Investitionen. Im Gegenzug verpflichtet sie sich zum Verzicht auf Gewinnentnahme, betriebsbedingte Kündigungen und Ausgliederungen. Jetzt stellt die Konzernmutter Asklepios diese Vereinbarungen infrage und kündigt gleichzeitig frühere Verträge. Der Grund ist klar: Die Zusagen widersprechen dem Geschäftsprinzip des Konzerns. Erstes Ziel sind Profit und hohe Dividenden, alles andere wie das Wohl der Patienten und des Personals ist dem untergeordnet. Das Land Hessen bzw. die damalige CDU/FDP-Regierung wollte mit der Privatisierung ein neoliberales Zeichen setzen (Privat vor Staat) und gleichzeitig das Geld für Investitionen sparen. Jetzt sitzt die Landesregierung in der Falle – Asklepios hat ein fast unbegrenztes Erpressungspotenzial. Die AG will eine Regelung durchsetzen, nach der das Land alle Investitionen finanziert, sich selbst aber zu nichts verpflichtet. Die Landesregierung ist auf das UKGM angewiesen – für die Gesundheitsversorgung einer ganzen Region und für die Ausbildung von Medizinern und anderen Gesundheitsberufen. Ohne die Mitwirkung des Klinikums gäbe es keine medizinischen Fakultäten in Gießen und Marburg, viele andere Ausbildungsplätze fielen weg. Die Rhön AG verstößt damit eindeutig



gegen Artikel 14, Abs.2 des Grundgesetzes. Der einzige Ausweg ist die sofortige Einleitung eines Verfahrens zur Vergesellschaftung nach Artikel 15 des Grundgesetzes. Die Fraktion der „Linken“ im Landtag fordert das schon lange und hat in einem Gutachten feststellen lassen, dass so ein Vorgehen möglich ist. Alle, die sich für eine gute Krankenversorgung, bessere Arbeitsbedingung für das Personal und eine gute Ausbildung für Gesundheitsberufe einsetzen, sollten für dieses Ziel kämpfen.

Gernot Linhart

**Grundgesetz, Artikel 14, Abs.2:** Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll gleichzeitig dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

**Grundgesetz, Artikel 15:** Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinschaft überführt werden.

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Statement der SDAJ zum UKGM



Das Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM) ist seit Dezember 2005 in der Hand der Aktiengesellschaft Röhn-Klinikum bzw. der Asklepios GmbH.

Wir fordern

## Mehr Geld

für bessere Arbeitsbedingungen der Krankenhausbeschäftigten

Finanzierung durch  
**Abrüstung**  
und  
**Vermögenssteuer**



#GesundheitStattProfite



Die Idee hinter der Privatisierung war, dass das Land keine Gelder mehr für die Klinik investieren müsse.

Nun befinden sich genannte Kliniken in so einen schlechten Zustand, dass dieses Jahr doch wieder staatliches Geld fließen musste.

Die Errungenschaften dieses neoliberalen Privatisierungsprojekt wurden nur „mit ach und krach“ erreicht. Als Beispiel dafür können wir uns das PET-Zentrum anschauen, welches nur auf Druck vom Staat entstand. Auch andere Ziele wie „Krankenversorgung auf

höchsten Niveau“ und „volle soziale Absicherung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ wurden nicht erreicht.

Die Arbeitslast ist durch die Profitorientierung gestiegen. Denn um Geld zu sparen, wird an Fachkräften gespart und Auszubildende werden nicht übernommen.

Als eine Organisation die das Wort „Jugend“ im Namen trägt, wollen wir Solidarität mit den Streikenden und vor allem den Azubis zeigen.

Wir sind für mehr Personal am Klinikum und dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Doch solange die UKGM im Besitz von Asklepios ist, wird es zu Lohnkürzungen und Personalstreichungen kommen und das Interesse der Patienten und Arbeiter wird nur eine nebensächliche Rolle spielen. Auch die Sparversuche des Hessischen Landtags haben dem UKGM geschadet. Immerhin war dies der Grund dafür, dass es an die Röhn AG verkauft wurde. Deshalb kämpfen wir neben den genannten Forderungen für:

- die Vergesellschaftung des Uniklinikums Gießen und Marburg
- keine Sparpolitik im Gesundheitssektor

SDAJ Gießen



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



[https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal)



**KEIN PROFIT**

**MIT DER GESUNDHEIT**

**KRANKENHÄUSER**

**IN ÖFFENTLICHE HAND**

**DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS!**



Deutsche Kommunistische Partei

**Organisiert euch gegen Kapitalismus und Rassismus!**



**Lasst euch nicht spalten, steht zusammen, organisiert euch!**

## Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen, E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de) Im Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)

**Wählt Kommunisten! Wählt **